**Oberverwaltungsgericht
Mecklenburg-Vorpommern**

Zugestellt am:

Az.: 3 L 66/00
7 A 1913/96 VG Schwerin

**IM NAMEN DES VOLKES
URTEIL**

In der Verwaltungsstreitsache

- Kläger/Berufungskläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte

g e g e n

Bundesrepublik Deutschland,
endvertreten durch den Leiter des Bundesamtes
für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge,
Frankenstraße 210,
90461 Nürnberg

- Beklagte/Berufungsbeklagte -

beteiligt:

Bundesbeauftragter für Asylangelegenheiten,
Rothenburger Straße 29,
90513 Zirndorf

w e g e n
Asylrecht

hat der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts
Mecklenburg-Vorpommern

**am 29. November 2004
in Greifswald**

für Recht erkannt:

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Schwerin vom 02. November 1999 wird geändert und wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verpflichtet festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz vorliegen.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Beklagte trägt die Kosten des Berufungsverfahrens sowie die Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens zur Hälfte. Gerichtskosten werden nicht erhoben.

Das Urteil ist im Kostenpunkt vorläufig vollstreckbar. Der jeweilige Vollstreckungsschuldner kann die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistungen in Höhe der vom Gericht festgesetzten Kosten abwenden, wenn nicht der jeweilige Vollstreckungsgläubiger vorher Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der Kläger ist türkischer Staatsangehöriger kurdischer Volkzugehörigkeit und Moslem. Er reiste nach eigenen Angaben am [REDACTED] mit dem Flugzeug von [REDACTED] in das Bundesgebiet ein und stellte hier einen Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter. Zu seinem Lebensschicksal in der Türkei gab er an, dass er zuletzt in der Türkei in der [REDACTED] seiner Eltern tätig gewesen sei. Den Militärdienst habe er abgeleistet. Er habe in seiner Heimat die PKK unterstützt. Er habe den Kämpfern der PKK Unterschlupf gewährt und Lebensmittel gegeben. Im J [REDACTED] hätten Sicherheitskräfte die Schule des

Dorfes zerstört. Sie hätten behauptet, dies sei die PKK gewesen. Er sei deswegen festgenommen worden. Im Zeitpunkt der Festnahme habe er sich mit den Schafen in den Bergen aufgehalten. Für drei Tage habe man ihn auf der Wache festgehalten und gefoltert. Man habe ihm eine Flasche in den After eingeführt. Diese Verhaftung im [REDACTED] sei die letzte gewesen. Vorher sei er schon immer wieder unterdrückt und misshandelt worden. A [REDACTED] habe er das Dorf verlassen und sei nach Is. gegangen. Dort habe er bei einem Verwandten gewohnt. Er habe sich dort bis zu seiner Ausreise am [REDACTED] aufgehalten. Er sei Sympathisant der PKK.

Mit Bescheid vom 28. Juni 1996 lehnte die Beklagte den Asylantrag ab und stellte fest, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz nicht vorliegen. Ebenso lägen Abschiebungshindernisse nach § 53 Ausländergesetz nicht vor. Der Kläger wurde aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu verlassen.

Die gegen diesen Bescheid erhobene Klage blieb beim Verwaltungsgericht ohne Erfolg. Gegen das klagabweisende Urteil vom 02. November 1999 beantragte der Kläger die Zulassung der Berufung. Mit Beschluss vom 29. November 2000 hat der Senat die Berufung zugelassen, soweit sie sich gegen die Abweisung der Klage auf Verpflichtung der Beklagten zur Feststellung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz richtet. Im Übrigen hat der Senat den Zulassungsantrag abgelehnt.

Der Bevollmächtigte des Klägers hat mit Schriftsatz vom 05. Januar 2001 die Berufung begründet. Im Begründungsschriftsatz hat der Kläger ausgeführt, dass er eine individuelle asylverhebliche Vorverfolgung erlitten habe. In der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht habe er immer wieder versucht das Thema zu wechseln, da es ihm ersichtlich peinlich gewesen sei, weitere Angaben zu machen. Wegen dieser Vorverfolgungssituation habe der Kläger auch keine inländische

Sicherheitsbehörden auf solche Schreiben im allgemeinen und im speziellen Fall des Klägers Beweis erhoben durch Einholung von Gutachten. Zuletzt hat das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 25. November 2002 zu dem Beweisbeschluss Stellung genommen.

Der Kläger und die Beklagte verzichteten Ende Dezember 2002 auf weitere mündliche Verhandlung; der Beteiligte hat generell auf mündliche Verhandlung verzichtet.

Der Kläger beantragt,

unter Abänderung des Urteils des Verwaltungsgerichts Schwerin vom 02. November 1999 die Beklagte zu verpflichten festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG vorliegen;

hilfsweise die Beklagte zu verpflichten festzustellen, dass Abschiebungshindernisse gemäß § 53 AuslG vorliegen.

Die Beklagte und der Beteiligte haben keinen Antrag gestellt.

Der Kläger ist seit [REDACTED] nach Mitteilung der Ausländerbehörde des Landkreises X unbekanntem Aufenthaltes. Auf gerichtliche Nachfrage hat der Kläger angegeben, sich in einem Wohnheim in Y neu angemeldet zu haben.

Für die weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichts- sowie der beigezogenen Behördenakten verwiesen.

Entscheidungsgründe:

I.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Schwerin ist rechtskräftig geworden, soweit die Klage auf Anerkennung als Asylberechtigter abgelehnt worden ist.

II.

In der Berufungsinstanz bleibt zu prüfen, ob dem Kläger Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG zusteht.

Nach dieser Vorschrift darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist. Die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG und des Art. 16 a Abs. 1 GG sind deckungsgleich, soweit es die Verfolgungshandlung, das geschützte Rechtsgut und den politischen Charakter der Verfolgung betrifft, und sie unterscheiden sich auch nicht hinsichtlich der Frage, ob die Gefahr politischer Verfolgung droht (BVerwG, Urteil vom 10.05.1994, 9 C 501/93, DVBl. 1994, 940, 941; Urteil vom 18.01.1994, 9 C 48/92, BVerwGE 95, 42, 45). Auch im Rahmen des § 51 Abs. 1 AuslG ist daher zu prüfen, ob ein Asylbewerber politisch verfolgt ist.

Eine Verfolgung ist politisch in diesem Sinne, wenn sie an prägende, unverfügbare Merkmale des Betroffenen anknüpft, beispielsweise die Volkszugehörigkeit, an seine religiöse Haltung oder an seine politische Überzeugung. Die Zielrichtung der Maßnahmen muß sich gegen diese Merkmale richten. Dabei ist die Gerichtetheit dieser Maßnahmen nach ihrem inhaltlichen Charakter, nicht nach den subjektiven Gründen oder Motiven des Verfolgers zu beurteilen (BVerfG, Beschluss vom 01.07.1987, 2 BvR 478, 962/86, BVerfGE 76, 143, 157, 166 f.; BVerfG, Beschluss vom 10.07.1989, 2 BvR 502, 1000, 961/86, BVerfGE 80, 315, 335).

Die Verfolgung muß in ihrer Intensität über eine bloße Beeinträchtigung hinausgehen. Dem Betroffenen müssen in Anknüpfung an asylerhebliche Merkmale gezielt intensive und ihn aus der übergreifenden Friedensordnung des Staates ausgrenzende

Rechtsverletzungen zugefügt worden sein, so daß er aus diesem Grunde gezwungen war, in begründeter Furcht vor einer ausweglosen Lage sein Land zu verlassen und im Ausland Schutz zu suchen (BVerfG, Beschluss vom 23.01.1991, 2 BvR 920/85, BVerfGE 83, 216, 230; Beschluss vom 26.11.1986, 2 BvR 1058/85, BVerfGE 74, 51, 64; Beschluss vom 10.07.1989, 2 BvR 502, 1000, 961/86, BVerfGE 80, 315, 334 f.).

Politische Verfolgung setzt Verfolgung des Asylberechtigten in seiner Person voraus, da der Anspruch auf Asyl ein Individualgrundrecht ist. Unmittelbar drohende Verfolgung steht der Verfolgung gleich (BVerfG, Beschluss vom 23.01.1991, 2 BvR 902/85, BVerfGE 83, 216, 230).

Eine asylbegründende Verfolgungsgefahr ist gegeben, wenn der Asylsuchende aufgrund der gegenwärtig in seinem Heimatland herrschenden Verhältnisse mit gegen ihn gerichteten asylerberheblichen Maßnahmen in absehbarer Zeit rechnen muß. Hat der Asylsuchende schon einmal politische Verfolgung erlitten, so kann ihm asylrechtlicher Schutz nur versagt werden, wenn eine Wiederholung der Verfolgungsmaßnahmen bei Rückkehr in sein Heimatland mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann (BVerwG, Urteil vom 25.09.1984 - 9 C 17.84 -, BVerwGE 70, 169, 170). Maßgebend für die Verfolgungsprognose ist der Zeitpunkt der letzten gerichtlichen Tatsachenscheidung, wobei die zukünftige Entwicklung im Heimatstaat mit einzubeziehen ist. Von der Richtigkeit dieser Verfolgungsprognose muß das Gericht auf der Grundlage des vom Asylsuchenden glaubhaft gemachten individuellen Schicksals die volle richterliche Überzeugung gewonnen haben (BVerwG, Urteil vom 11.11.1986 - 9 C 316.85 -, Buchholz 402.25, § 1 AsylVfG Nr. 58).

Für das Asylrecht und den Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG ist eine Verfolgung nur dann relevant, wenn sie vom Staat ausgeht oder diesem wenigstens zurechenbar ist (BVerfG, Beschluss vom 02.07.1980, 1 BvR 147/80 u.a., BVerfGE 54, 341;

Beschluss vom 01.07.1987, 2 BvR 478/86 u.a., BVerfGE 76, 143; Beschluss vom 10.07.1989, 2 BvR 502/86 u.a., BVerfGE 80, 315). Dem Staat steht dabei gleich, wer ihn ersetzt oder verdrängt hat und damit faktisch die Staatsgewalt ausübt (BVerfGE 80, 315). Besteht hingegen keine effektive Staatsgewalt, sind Verfolgungshandlungen grundsätzlich asylrechtlich nicht relevant (BVerfG, a.a.O.).

Handlungen privater Einzelner oder Gruppen werden dem Staat asylrechtlich dann zugerechnet, wenn dieser sie anregt, billigt oder tatenlos hinnimmt und damit dem Betroffenen seinen Schutz versagt, weil er hierzu nicht willens oder nicht in der Lage ist (BVerfGE 54, 341). Dabei kann eine fehlende Schutzfähigkeit des Staates erst angenommen werden, wenn er mit gewisser Dauerhaftigkeit Übergriffe nicht verhindern kann (BVerwG, Urteil vom 02.08.1983, 9 C 818/81, BVerwGE 67, 317). Die mangelnde Schutzfähigkeit allein genügt nicht; vielmehr muß der Staat die Übergriffe - zumindest - dulden (BVerfGE 80, 315).

Die Schutzgewährung durch die Bundesrepublik Deutschland setzt voraus, daß der Betroffene in seinem Heimatstaat aufgrund politischer Verfolgung überall schutzlos ist. Das ist dann nicht der Fall, wenn er eine inländische Fluchtalternative in anderen Landesteilen in der Weise hat, daß er dort nicht in eine ausweglose Lage geraten würde. Das setzt voraus, daß er in den in Betracht kommenden Gebieten vor politischer Verfolgung hinreichend sicher ist und daß ihm dort auch keine anderen Nachteile und Gefahren drohen, die nach ihrer Intensität und Schwere einer asylrechtlichen Rechtsgutsbeeinträchtigung aus politischen Gründen gleichkommen, sofern diese existentielle Gefährdung am Herkunftsort so nicht bestünde (BVerfG, Beschluss vom 10.07.1989, 2 BvR 502/86 u.a., BVerfGE 80, 315/342 ff.; Beschluss vom 10.11.1989, 2 BvR 403/84 u.a., BVerfGE 81, 58/65 f.; BVerwG, Urteil vom 15.05.1990, 9 C 17/89, BVerwGE 85, 139/145 f.). Zur Beantwortung der Frage, ob das Existenzminimum gewährleistet ist, ist grundsätzlich eine generalisierende Betrachtungsweise geboten. Zusätzlich können auch

individuelle Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein, etwa ob der Verfolgte am Ort der Fluchtalternative Verwandte oder Freunde hat, bei denen er eine zur Sicherung des Existenzminimums notwendige Unterstützung finden könnte (BVerwG, Urteil vom 14.12.1993, 9 C 45/92, DVBl. 1994, 524/526).

III.

Der Kläger hat den Senat nicht davon überzeugt, daß er persönlich in der Türkei politisch verfolgt worden ist.

Der Kläger hat hinsichtlich seines persönlichen Verfolgungsschicksals in der Türkei in einem zentralen Punkt widersprüchliche Angaben gemacht, die er auch nach intensiver Befragung durch das Oberverwaltungsgericht in der mündlichen Verhandlung nicht aufklären konnte. Der Kläger hat in der Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge am [REDACTED] auf konkrete Frage hin geantwortet, die letzte Festnahme sei im [REDACTED] erfolgt. Diese Festnahme stand nach dem Vorbringen des Klägers im engen Zusammenhang mit der Zerstörung der Schule in seinem Dorf. In der mündlichen Verhandlung beim Verwaltungsgericht hat der Kläger angegeben, er sei danach noch einmal festgenommen worden; in der mündlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht hat er angegeben, nach dieser Verhaftung im [REDACTED] sei er noch viermal festgenommen und in gleicher Weise wie im [REDACTED] misshandelt worden. Im Einzelnen habe es sich um zwei zweitägige, eine eintägige und eine Verhaftung gehandelt, die einen Tag und eine Nacht gedauert habe. Danach habe er sich in einem sehr schlechten Zustand befunden. Er habe nicht mehr leben wollen. Der Vortrag des Klägers erweist sich dadurch als widersprüchlich und zugleich gesteigert.

Sein Erklärungsversuch, er habe sich bei der Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in einem schlechten geistigen Zustand befunden und sei nicht in der Lage gewesen, alles zu sagen, überzeugt nicht. Denn im Protokoll der Anhörung deutet nichts darauf hin, dass der

Kläger nicht in der Lage gewesen ist, vollumfänglich von seinem Lebensschicksal zu berichten. Vielmehr hat der Kläger auf Befragen erklärt, er sei gesundheitlich und geistig in der Lage angehört zu werden. Er hat ausweislich des Anhörungsprotokolles einiges auch detailliert über sein Lebensschicksal in der Türkei berichtet. Unter diesen Umständen ist nicht nachvollziehbar, warum der Kläger auch nicht andeutungsweise von den vier Verhaftungen gesprochen hat, die zwischen dem [REDACTED] [REDACTED] stattgefunden haben sollen.

In Anbetracht dieser Umstände kann das Gericht auch bei wohlwollender Würdigung nicht die feste Überzeugung gewinnen, der Kläger habe in seiner Heimat aus politischen Gründen Folter erlitten.

Der für die Türkei zuständige 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass für einen jungen männlichen Kurden mit gewissen türkischen Sprachkenntnissen, der sich nicht politisch für die kurdische Bewegung exponiert hat, die Möglichkeit einer inländischen Fluchtalternative innerhalb der Türkei besteht. Die Frage einer Gruppenverfolgung oder Verfolgung wegen Gruppenzugehörigkeit in den überwiegend von Kurden besiedelten Gebieten der Türkei könne offenbleiben. Weder aus dem Vortrag des Klägers selbst noch aus den in das Verfahren eingeführten Erkenntnismitteln ergibt sich, dass eine Änderung dieser Rechtsprechung angezeigt ist.

IV.

Die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz liegen im vorliegenden Einzelfall aber vor, weil wegen einzelner exilpolitischer Aktivitäten des Klägers dieser mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit bei einer Rückkehr in die Türkei mit politischer Verfolgung wegen seiner politischen Überzeugungen und Aktivitäten rechnen muss.

Die umfangreichen vom Kläger im Einzelnen dargelegten und unter Beweis gestellten Aktivitäten in Deutschland sind weitestgehend allerdings ungeeignet, ihm Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 Ausländergesetz zu gewähren. Es entspricht der ständigen Rechtsprechung des Senats, dass nicht jede auch unbedeutende politische Betätigung die Gefahr einer politischen Verfolgung nach sich zieht, sondern dass im Wesentlichen an exponierter Stelle agierende exilpolitische Betätigung die Gefahr einer Verfolgung nach sich ziehen kann (vgl. Urteil vom 29.11.2001 - 3 L 9/95 -; vgl. aus neuester Zeit in diesem Sinne und die Rechtsprechung des Senats bestätigend Kaya, Gutachten für das VG Stuttgart vom 15. 09. 2003). Die Masse der von dem Kläger geschilderten exilpolitischen Aktivitäten beschränkt sich auf die Teilnahme an größeren Veranstaltungen, auf denen er keine herausgehobene oder sonst wie sich von der bloßen Teilnahme abhebende Tätigkeit entwickelt hat. Das gilt auch für die Demonstration am [REDACTED], bei der er zwar nicht nur teilgenommen hat, sondern auch mit Hilfe eines Megaphons dafür Sorge getragen hat, dass einheitlich Parolen gerufen werden konnten. Zudem hat er auf dieser Demonstration ein Flugblatt über Megaphon verlesen. Auch dies sind aber demonstrationstypische Aktivitäten, die für sich genommen noch nicht besonderes Gewicht haben und von denen daher davon ausgegangen werden kann, dass sie kein Ermittlungsinteresse türkischer Sicherheitsbehörden hervorrufen. Dass der Kläger auf andere Weise bei diesen Veranstaltungen aus dem Kreis der Teilnehmer herausragend etwas unternommen hat, lässt sich seinem Vortrag nicht entnehmen.

Anderes gilt allerdings für die Versendung des Flugblattes im Rahmen der Kampagne für die Einführung muttersprachlichen Unterrichts für Kurden in den kurdisch besiedelten Gebieten in der Türkei. So hat der Gutachter Oberdiek in seinem Gutachten vom 04. August 2002 ausgeführt, er halte es für sehr wahrscheinlich, dass personenbezogene Daten aus Protestschreiben vom Ausland gesammelt und ausgewertet werden. Weiter hat der Gutachter ausführlich dargestellt, dass die Kampagne zur

Einführung des muttersprachlichen Unterrichts für Kurden in den kurdisch besiedelten Gebieten, die auch in der Türkei selbst durchgeführt wurde, zu heftigen Reaktionen der türkischen Sicherheitsbehörden geführt hat. Zahlreiche Menschen wurden deswegen von der Polizei verhaftet. Dabei ist es auch in einer Reihe von Fällen, die der Gutachter aufgeführt hat, zu Misshandlungen in der Polizeihaft gekommen. Die türkischen Sicherheitsbehörden betrachten die Beteiligung an einer solchen Aktion - so der Gutachter Oberdiek - mindestens als "Unterstützung der PKK". Dies führe in der Regel zu einer Bestrafung von 45 Monaten. Zugleich hat der Gutachter aber auch darauf hingewiesen, dass eine große Zahl der zunächst von der Polizei Verhafteten später ohne gerichtliches Verfahren freigelassen worden sind oder aber eine gerichtliche Verurteilung nicht ausgesprochen wurde. Der Gutachter Oberdiek schlussfolgert, dass eine Person, die eine solche Petition an die staatlichen Organe der Türkei geschickt hat, mit Festnahme und Polizeihaft von durchschnittlich zwei Tagen zu rechnen hat, wobei es in dieser Zeit durchaus zu Misshandlungen und Folter kommen kann. Hinzu kommt, dass in der Türkei nach Erkenntnissen des Gutachters Ob. die Mitgliedschaft im Hamburger Volkshaus als Indiz der Anhängerschaft der PKK bewertet werden dürfte.

Zu vergleichbaren Erkenntnissen ist auch der Gutachter Kaya (Gutachten vom 30.08.2002) gekommen. Er führt ergänzend aus, dass jede Behörde, die ein Fax wie das vom Kläger abgeschickte, erhält, verpflichtet sei, dieses an die Sicherheitsbehörden weiterzuleiten. Dies sei auch in der Praxis üblich. Auch ohne dass er konkrete Einzelfälle benennen könnte, gehe er davon aus, dass die staatlichen Sicherheitsbehörden gegen diejenigen Personen, welche die Kampagne aus dem Ausland heraus durch Faxe und Briefe unterstützt haben, unter dem Verdacht, sie stünden mit der PKK in Verbindung, ermittelten und über sie Informationen gesammelt hätten. Sei auf dem Fax Vorname, Name und Adresse des Absenders angegeben, erleichtere dies erheblich die Feststellung der genauen Identität dieser Person

und das Sammeln von Informationen über sie. Ein Strafverfahren aufgrund des Inhalts des Faxes sei gegen den Klägers in der Türkei allerdings nicht zu erwarten. Es sei allerdings zu erwarten, dass der Kläger bei der Einreise in die Türkei aufgrund des Verdachts, er stehe mit der PKK in Verbindung, festgehalten und verhört werde. Beim Verhör würde er zu seinen eigenen Verbindungen zur PKK und den Verbindungen der anderen, welche die Kampagne unterstützt hätten sowie zum Ziel dieser Kampagne befragt werden. Dabei werde man versuchen, ihn zu zwingen, entsprechende Angaben zu machen. Weiter führt der Gutachter Kaya aus, dass nicht zu erwarten sei, dass sämtliche Mitglieder des Volkshauses der Türkei e.V. (in Hamburg) den türkischen Sicherheitsbehörden und dem Nachrichtendienst bekannt seien. Es sei aber zu erwarten, dass aktive Mitglieder die sich an Aktivitäten, die für die Sicherheit der Türkei von Bedeutung seien, beteiligten, unter Beobachtung gestellt würden und Informationen über sie gesammelt würden. Nach seinen Erfahrungen gingen hunderte von Personen türkischer und kurdischer Abstammung im Volkshaus in Hamburg ein und aus, von denen die meisten regelmäßig in die Türkei fahren würden. Es sei ihm nicht bekannt, dass einer von diesen Personen deswegen festgenommen und verhört worden sei.

Das Auswärtige Amt hat mitgeteilt, dass bei der Oberstaatsanwaltschaft Ankara keine Ermittlungen gegen den Kläger eingeleitet worden seien und der Inhalt des Schreibens auch keinen Straftatbestand verwirkliche.

Aus diesen für den konkreten Einzelfall eingeholten und nur auf ihn bezogenen Gutachten ergibt sich, dass Vieles dafür spricht, dass der Kläger den türkischen Sicherheitsbehörden namentlich bekannt ist und er dort unter dem Verdacht steht, wenigstens Anhänger der PKK zu sein. Solchen Personen droht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit bei einer Rückkehr in die Türkei Verhaftung durch die Sicherheitsbehörden und Vernehmung unter Anwendung von Folter. Das ergibt sich aus den nachfolgend dargestellten Erkenntnissen des Senats:

Bei einer Einreise in die Türkei werden auch türkische Staatsangehörige systematisch in der Weise überprüft, das anhand ihrer Ausweispapiere nachgeprüft wird, ob gegen diese Personen etwas aus türkischer Sicht vorliegt. Dabei erstreckt sich diese Überprüfung nicht nur auf Fahndungersuchen, sondern - wie der Senat bereits in seinem Urteil vom 18. August 1999 - 3 L 159/98 - näher ausgeführt hat - auch darauf, ob sonstige sicherheitsrelevante Informationen über die Einreisenden vorliegen. Für türkische Staatsangehörige, die in Deutschland in herausgehobener Weise politisch aktiv geworden sind, gilt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass entsprechende Informationen bei den türkischen Grenzbehörden vorliegen. Dieser Personenkreis ist daher in besonderer Weise bei einer Rückkehr in die Türkei der Gefahr ausgesetzt, von den dortigen Grenzbehörden festgenommen und über ihre Aktivitäten und insbesondere Kontakte zu Organisationen befragt zu werden, die aus Sicht der türkischen Sicherheitsbehörden ein Sicherheitsrisiko darstellen. Die Festnahme durch die zuständigen Sicherheitsbehörden und die damit verbundene Polizeihaft ist regelmäßig mit körperlichen Misshandlungen verbunden, die im Einzelfall auch schwerste Gesundheitsschäden bewirken können (vgl. die Angaben in der Dokumentation des Auswärtigen Amtes an das VG Siegmaringen vom 22.12.1998; amnesty international an VG Koblenz vom 15.01.1999; Kaya an VG Siegmaringen vom 15.01.1999). Dass sich diese Gefahrenlage zwischenzeitlich zugunsten des Klägers geändert haben könnte, lässt sich nicht feststellen. Aus neuesten Gutachten lässt sich entnehmen, dass die Sicherheitsbehörden auch weiterhin weit verbreitet bei der Vernehmung von Personen, die der Unterstützung der PKK oder anderer als staatsfeindlich angesehener Organisationen verdächtigt werden, Folter anwenden, um Informationen oder Geständnisse zu erlangen. Die Bemühungen der türkischen Regierung, diese Praxis zu unterbinden, waren bislang nicht erfolgreich (Kaya, Gutachten für das VG Freiburg v. 30.01.2004, insb. S. 8; Aydin, Gutachten für das VG Aachen v. 29.03.2004, insb. S. 8; amnesty international, Auskunft an das OVG Münster v. 02.04.2004 -

Sache Kaplan; Keskin, Verhandlungsniederschrift v. 03.09.2004 S. 4; deutlich zurückhaltender Auswärtiges Amt an OVG Münster v. 15.03.2004 - Sache Kaplan).

Das Gericht hat bei seiner Würdigung des Einzelfalles berücksichtigt, dass sich der Kläger zunächst an einer Massenkampagne, die europaweit geführt wurde, beteiligt hat. Ob generell eine solche Beteiligung an einer Massenkampagne, die Ziele verfolgt, die von den Sicherheitsbehörden in der Türkei als sicherheitsrelevant eingestuft werden, die Gefahrenprognose rechtfertigt, dass bei einer Rückkehr in die Türkei mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine politische Verfolgung droht, kann hier offen bleiben. Denn der konkrete Einzelfall des Klägers liegt besonders. Er hat individuell entsprechende Erklärungen an verschiedene staatliche Behörden in der Türkei geschickt, nachdem seine Beteiligung an der Massenkampagne nicht nachgewiesen werden konnte. Zudem hat sich der Kläger individuell an einer in der Türkei ebenfalls geführten Kampagne beteiligt, die in der Türkei selbst zum massiven Einschreiten der Sicherheitsbehörden geführt hat. Diese besonders heftige Reaktion der türkischen Sicherheitsbehörden hebt diese auch vom Ausland ausgehende Kampagne von anderen ausschließlich im Ausland angesiedelten Kampagnen deutlich ab. Ersichtlich haben sich die türkischen Sicherheitsbehörden in besonderer Weise durch die Forderung nach muttersprachlichen Unterricht für Kurden in den Kurdengebieten herausgefordert gefühlt. Dies mag auch daran liegen, dass diese Kampagne nach Einschätzung der türkischen Sicherheitsbehörden in enger Abstimmung mit der PKK durchgeführt worden ist. Schließlich kommt noch hinzu, dass der Kläger sich durch seine individuellen Aktivitäten als Aktivist des Hamburger Volkshauses darstellt und diese Organisation in den Augen der türkischen Sicherheitsbehörden als PKK-nah anzusehen ist. In Kombination dieser Einzelumstände spricht bei allen Unwägbarkeiten in der Prognose Überwiegendes dafür, dass der Kläger den türkischen Sicherheitsbehörden als eine Person aufgefallen ist, die in Deutschland in Verbindungen zur PKK steht. Solche den

türkischen Sicherheitsbehörden in dieser Weise aufgefallenen türkischen Staatsangehörigen werden mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit in der Türkei durch die Polizei - unabhängig davon, ob ihr Handeln in der Türkei strafbar ist - mit den in der Türkei - weiterhin - verbreitet angewandten Methoden, insbesondere körperlicher Gewalt und Misshandlung zu ihren Verbindungen zur PKK bzw. ihren Kenntnissen über die PKK in Deutschland befragt. Dass diese Misshandlungen den Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AsylVfG begründen, bedarf keiner näheren Begründung.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 154 Abs. 1, 155 Abs. 1 VwGO. Dabei war zu berücksichtigen, dass die Berufung nur teilweise zugelassen worden ist und die Ablehnung des Begehrens auf Verpflichtung zur Anerkennung als Asylberechtigter rechtskräftig geworden ist.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 Abs. 2 VwGO, §§ 708 ff. ZPO.

Die Revision ist nicht zuzulassen, da Revisionsgründe nach § 132 Abs. 2 VwGO nicht vorliegen.